

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montags nur einmal. Der Monatspreis beträgt bei freier Postelung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Gebührenliste abgezogen 2,50 M. ...

Die achtspaltige Nonpareil-Schrift oder deren Raum kostet 2,- M., einschließlich Zentralschaltung. Kleine Anzeigen; Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,20 M., einschließlich Zentralschaltung. ...

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Unterzeichnung des Kohlenabkommens

Ablehnung der Einmarsch-Klausel Spaa, 16. Juli. (Amstich.)

In der heutigen Vollziehung der Konferenz hat die deutsche Delegation die Forderungen der Entente in der Kohlenfrage angenommen und unterzeichnet, nachdem in der oberschlesischen Kohlenverteilungsfrage eine Verständigung der deutschen Forderungen in Aussicht gestellt worden war, und unter Ablehnung des § 7 des Vertrages, der die Einmarschklausel enthält.

Die Beratung der Wiedergutmachungsfrage wurde auf eine neue Konferenz, die in einigen Wochen in Genf stattfinden soll, vertagt.

Eine Vollziehung der Konferenz Spaa, 16. Juli.

Heute nachmittag um 4 Uhr findet im Schloß La Freinse eine Vollziehung der Konferenz statt, an welcher auch die deutschen Delegierten teilnehmen.

Übermittlung der deutschen Antwort Spaa, 16. Juli.

Die Antwort der deutschen Regierung ist dem Obersten Rat in dem Schloß La Freinse übermittelt worden.

Ein persönlicher Brief Simons Spaa, 16. Juli.

In dem persönlichen Briefe, mit dem Reichsminister Dr. Simons seinen Vorschlag in der Kohlenfrage an den britischen Premierminister Lloyd George überlieferte, wurde, wie nachträglich verlautet, die Hoffnung ausgesprochen, daß die alliierten Regierungen Deutschland in folgenden 3 Punkten Entgegenkommen beweisen würden, nämlich durch: 1. Einräumung des Rechts, im Falle unzureichender Kohlenlieferung die fehlenden Quantitäten durch ankauende Auslandskohle, oder zu einem kleinen Teil durch inländische Braunkohle zu ersetzen, 2. Abschluß eines liberalen Schiffsahrtsabkommens, 3. Befreiung der sich jeden Monat wiederholenden Gefahr der Besetzung deutschen Gebiets, sofern die jeweiligen Kohlenlieferungen hinter den versprochenen Mengen etwas zurückbleiben sollten.

Die Anschauungen der Entente

Die Frage der Entwaflnung hat in Spaa Schwierigkeiten bereitet, die durch die unkluge Haltung der Herren Fehrenbach und Gehler im Anfang noch verstärkt wurden. Aber sie konnten behoben werden, und jetzt erscheinen sie als ein Kinderspiel gegenüber den wirtschaftlichen Gegensätzen, vor allem in der Kohlenfrage. Immerhin ist es gut, an Hand der Ententezeitungen festzustellen, welche Gedankengänge bei den Alliierten maßgebend für ihre Haltung sind, und wir geben deshalb im folgenden einen Auszug aus einem Artikel der „Times“, in denen das Blatt zu den militärischen Dingen Stellung nimmt, darüber hinaus aber auch auf einen Aufsatz in der gleichen Nummer des Blattes aufmerksam macht, der sich mehr mit den Wirtschaftsfragen beschäftigt. Die „Times“ sagt:

Nicht einmal seit dem Waffenstillstand im November 1918 hat Deutschland der Welt jenseits seiner Grenzen Grund gegeben, das durch den Krieg verursachte Mißtrauen in seinen guten Willen zu mildern, und die Ereignisse der Konferenz in Spaa stimmen mit allem Vorangegangenen überein. Die Wahrheit ist, wie wir schon lange vorher sagten, daß Deutschland in direkter Ueberreizung seiner festeren Bevölkerung, immer noch schrecklich zum Angriff gerüstet ist. Solche Demenst ändern die Tatsache nicht. Gerade durch Schlüsse aus den letzten Angaben des General von Gredt ist Lloyd George zu einer Ziffer von 1.000.000 Mann und 2.000.000 Gewehren, die nicht mitgerechnet sind, gekommen, und selbst diese Ziffer ist noch geringer als die von der Kommission der Alliierten ermittelte. Wieder ein Beispiel der Methode, die wir als spezifisch deutsch kennen gelernt haben. Wir haben allen Grund, zu glauben, daß Deutschland eine Macht von 4.000.000 bis 5.000.000 Linientruppen besitzt, vollständig mit Kriegsmaterial ausgerüstet, die sich in einer Front von Königsberg nach Gumbinnen erstreckt. Die Regierung in Berlin muß nachdrücklich kurzschäftig sein, wenn eine so große Menschenmenge sich ihrer Beachtung entziehen können, und dennoch hat man ihre Existenz geleugnet, bis die Einführung der Beweise selbst eine deutsche Lüge unmöglich machte und sie zu der Ausrüstung ihre Zuflucht nehmen mußten, daß die Truppen sich ihrer Kontrolle völlig entzogen. Was für diese Königsberg-Gumbinner Soldaten zutrifft, gilt auch für die Reichswehr, die Einwohnerwehr, die Sicherheitspolizei. Das Spiel des Anzeigens, der Ausflüchte und des Möglichen Protestes ist lange genug gespielt, und selbst der Leichtgläubige muß jetzt einsehen, daß das unbedingte Bestehen auf der Erfüllung der Verpflichtungen von Spaa unbedingt nötig ist für die Sicherheit der Welt.

Die „Times“ weist dann auf einen Bericht des amerikanischen Korrespondenten H. Kaufmann hin, der Deutschland von früher her kennt, und es jetzt wieder bereit hat. Kaufmann ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß Deutschland sowohl den Forderungen auf Verminderung des Heeres

nachkommen könne, wie auch, daß es recht gut alle ihm auferlegten finanziellen Lasten tragen und sich dabei doch erholen könne. Er hat nichts von der Unruhe bemerkt, die angeblich nur durch Waffenmacht niedergehalten werden könne; und damit hat er recht. Was aber seine Mitteilungen über das wirtschaftliche Leben, über den Luxus, das Aussehen der Menschen angeht, so verfällt er in den Fehler, den manche Ausländer begehen, die Deutschland studieren und sich dabei von den Eindrücken leiten lassen, die sie in den feinen Hotels, in den besten Straßen, in Paris und dergleichen empfangen. Gewiß ist vieles richtig, was er sagt. Wenn ein Volk einer Oberflächlichkeit noch einen solchen Luxus gestatten kann, wie man ihn in den Theatern, Konzerten, in der Gesellschaft begegnet, so ist es noch nicht am Rande seiner Kraft, aber die Folgen der Fehler, die die Koalitionsregierung begangen hat, als sie nicht die Mittel mit Beschlag belegte, die die Befreiung eines solchen Luxus erlaubte, werden sich ja auch erst in Bälde bemerkbar machen. Ohne die Einführung der sozialistischen Wirtschaft in Deutschland können die übertriebenen Forderungen der Entente nicht erfüllt und gleichzeitig das Wirtschaftsleben in Gang gehalten werden. Vor dem Sozialismus und seinem Sieg in Deutschland aber haben die Entente-Regierungen vielleicht noch größere Angst, als vor dem wirtschaftlichen und politischen Wiedererstarken eines kapitalistischen Deutschland. (Siehe auch 2. Seite.)

Neue Vorbereitungen in Budapest

Ein Exekutivkomitee für den Terror

Aus Wien wird uns geschrieben: Die Militärpartei in Budapest bereitet sich auf einen Kampf auf Leben und Tod vor. Ihrem Korrespondenten ist es gelungen über diese Vorbereitungen den folgenden authentischen Bericht zu erlangen:

Am 27. Juni 1920 hielten die Offiziersdelegierten des Landes in dem Gebäude des Ministerium für Landesverteidigung eine Versammlung ab. Die Väter der Versammlung waren: Pronay, Hejjas, Öttenburg, Gömbös, Ragn, Bengel, Bannai, Szilagnis und der Generalkommandant Graf Csah. In Vertretung aller Offiziersorganisationen waren 302 Offiziere erschienen. Hejjas führte aus, daß die bisherige Regierung nichts für die Verwirklichung der christlichen Ideale geleistet, sondern im Gegenteil Verhandlungen mit den Juden und Sozialdemokraten angeknüpft habe. Diese Politik der Kompromisse könne den Begründern und unerbittlichen Kämpfern des christlichen Kampfes nur schaden, sie sogar vollständig vernichten. Er, Hejjas sei ein Mann der Tat und nicht der leeren Worte. Er sei nicht gesonnen, lange zu warten, und wenn er in seinen Hoffnungen wieder gestürzt würde, werde er im Interesse der Verwirklichung der christlichen Politik auch von den allergefährlichsten Mitteln, sowohl gegen Personen als auch gegen Institutionen nicht zurücktreten.

Diese, mit großem Beifall ausgenommene Rede wurde durch Pronay, Grafen Csah, Öttenburg durch Solidaritätskundgebungen unterstützt. Julius Gömbös, Abgeordneter und Präsident des Landesverbandes der Offiziere, hielt eine gemäßigtere Rede; er meinte, das Offizierskorps solle bis zum Herbst von Anwendung energischerer Mittel absehen. In diesem Moment erschienen in der Versammlung der Kriegsminister Soss, die Generale Dani und Berzenichy und in Vertretung von Horthy dessen Adjutant Nagaschazy; nachdem sie über den Verhandlungsgegenstand informiert wurden, gaben sie ihre Zustimmung dazu. Mittlerweile erschienen in Vertretung des Generalkommandos der Major Stefan Csiba und gab im Namen des Generalkommandos eine Solidaritätskundgebung ab.

Graf Csah stellt den Antrag, sofort ein Aktionsprogramm zu entwerfen, für den Fall daß die Stunde der endgültigen Abrechnung käme. Öttenburg schlug folgendes vor: 1. Die Besetzung der Eisenbahnen und der Telephonzentrale. 2. Die Entwaflnung der Polizei. 3. Die Verhaftung der Juden, der jüdischen Kapitalisten, die Beschlagnahme des Vermögens von Paul Sandoz, Baron Wilmann, der Familie Hatvan-Deutsch, für nationale Zwecke. 4. Die Besetzung der Redaktion der „Nepjána“, des Blattes „Pillag“, die Beschlagnahme ihres Vermögens und wenn möglich, die Demolierung der betreffenden Gebäude. 5. Die Verhaftung des Sekretariats der sozialdemokratischen Partei, der sozialdemokratischen Parteileitung, die Verhaftung aller Parteimitglieder, die Verhaftung der Vertrauensleute, die sofortige Einrichtung der Widerstrebenden, die Besetzung der Gewerkschaftslokale und Gelder. Die Verteilung in den kommunikativen Prozessen sollen beschleunigt werden. Man solle alle Institutionen und Personen vernichten, damit die Diktatur und der Liberalismus gründlich ausgerottet werde. In der Provinz sei in derselben Weise vorzugehen. — Die anwesenden Delegierten nahmen ohne Debatte dieses Aktionsprogramm an. Auf den Vorschlag Hejjas' wurde ein aus Hejjas, Öttenburg, Bengel, Pronay und Siba bestehendes Exekutivkomitee eingesetzt. Ihm wurde der Auftrag gegeben, den Plan bis in die kleinsten Details auszuarbeiten und innerhalb 15 Stunden einen neuen Bericht zu erstatten.

Kartoffelnot und Kartoffelpreise

Die jetzigen Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung der städtischen Bevölkerung sind das Vorzeichen größerer Schwierigkeiten, die in den Wintermonaten einsehen werden. In seinem Bestreben, den Wünschen der Agrarier gerecht zu werden, und auch den Forderungen des Handels nach Aufhebung der Zwangswirtschaft zu entsprechen, hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Regelung der Kartoffelversorgung eintreten lassen, die einer Aufhebung der Zwangswirtschaft gleichkommt. Für die Folge sollen die Erzeuger nur verpflichtet sein, eine Menge von 120 Millionen Zentner zum Abschluß von Lieferungsverträgen durch die Städte zur Verfügung zu stellen, die überschüssige Erzeugung aber soll von jeder behördlichen Einwirkung frei bleiben.

Daß diese Regelung ernste Gefahren für die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit sich bringt, haben wir bereits nach der Beschlußfassung über diesen Plan zum Ausdruck gebracht. Es ist zwar noch zu früh, um endgültig die schlechten Erfahrungen mit der Aufhebung der Kartoffelwirtschaft feststellen zu können. Aber soviel ist doch heute bereits sicher, daß die Annahme des Reichsministeriums für Ernährung die Erhöhung der Preise werde eine glatte Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zur Folge haben, durchaus irrig ist. Die jetzige knappe Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln ist letzten Endes auf die Tatsache zurückzuführen, daß der Unterschied zwischen dem Preis für die Frühkartoffeln und den Herbstkartoffeln den Landwirten nicht groß genug ist um sie zur frühzeitigen Ernte und zur Ablieferung zu bewegen. Es bestätigt sich also wiederum einmal, daß die geldliche Anreizpolitik eine Schraube ohne Ende darstellt, wenn sie überhaupt irgendwie wirksam werden soll.

Die Eingabe des Deutschen Städtetages wendet sich deshalb mit Recht gegen diese Regelung der Kartoffelversorgung und lehnt die damit auf die Gemeinden abgewälzte Verantwortung ab. Wir billigen diesen Standpunkt des Städtetages durchaus. Denn es ist eine unmögliche Aufgabe, die Städte mit der ganzen Verantwortung für die Versorgung ihrer Bevölkerung belasten zu wollen, wenn der Staat durch seine Maßnahmen den Weg dazu versperrt oder außerordentlich erschwert.

Das aber ist geschehen durch die Festsetzung des Kartoffelpreises auf eine ganz unerträgliche Höhe, auf einen Betrag, der die Erzeugungskosten der Landwirtschaft selbst bei mittelmäßiger Ernte wesentlich übersteigt. Nicht nur die bayerische Landwirtschaft hat sich deshalb gegen diesen Kartoffelpreis gewendet, sondern zahlreiche andere Stimmen aus landwirtschaftlichen Kreisen sind laut geworden, die den Kartoffelpreis als übermäßig hoch bezeichneten und seine Herabsetzung verlangt haben. Es ist ja auch gar kein Zweifel, daß er wesentlich höher angelegt wurde, als die Erzeugungskosten der reiffruchtigen. Der Reichsernährungsminister Herme hat das ja in seiner Rede im Reichstag am 2. Juli ausdrücklich zugegeben. Er sagte: „Bei der Bemessung des Kartoffelpreises wurde über die Produktionskosten hinaus bewußt noch ein Zuschlag als Anreiz gewährt.“ Durch die Bestimmung über die Lieferungsverträge ist aber zu dem Preis von 25 M. pro Zentner noch ein Zuschlag von 5 M. getreten, so daß jetzt die Landwirte für die Kartoffeln das Vierfache der vorjährigen Preise erhalten.

Ein solcher Zustand ist natürlich unerträglich, nicht nur wegen der Lasten, die er den Konsumenten auferlegt, sondern auch wegen der Gefahren, in die dadurch die Städte geraten. Sie sind den Händen und den Erzeugern vollkommen ausgeliefert, und ihre Finanzen können unter Umständen außerordentlich stark in Anspruch genommen werden, wenn sie den Bedarf ihrer Bevölkerung durch Lieferungsverträge sichern wollen. Bei der in Aussicht stehenden günstigen Ernte besteht auch durchaus die Möglichkeit, daß unter Umständen die Preise für Kartoffeln im freien Handel sich unter den Preisen halten werden, die durch die Lieferungsverträge den Landwirten garantiert sind. Das ist ja schon dadurch gegeben, daß die Städte beim Abschluß von Lieferungsverträgen an und für sich 5 M. mehr für den Zentner zahlen müssen als im freien Handel zu bezahlen ist. Die Städte würden also bei umfangreichen Bestellungen zwar jede Gefahr für die Ernährung ausschließen, aber ein Risiko eingehen, das für eine Gemeinde wie Berlin sich auf bald 100 Millionen Mark belaufen kann, und bei allen Gemeinden unter Umständen eine Milliarde erreicht.

Das erklärt die Tatsache, daß bisher von der Möglichkeit der Sicherung der Versorgung durch den Abschluß von Lieferungsverträgen von den Städten nur geringer Gebrauch gemacht worden ist. Wenn jetzt deshalb der Städtetag beantragt, daß die endgültige Entscheidung über die Freigabe der Kartoffeln, über die nicht durch Lieferungsverträge verfügt ist, erst erfolgt, wenn der Stand der Ernte eine genügende Versorgung und Winterdeckung der Bevölkerung als zweifellos erscheinen läßt, so ist diese Forderung ebenso berechtigt wie die weitere, daß die schärfere Regelung sofort

wieder eingeführt werden muß, wenn die geregelte Versorgung zu erträglichen Preisen durch die teilweise Freigabe nicht erreicht wird.

Aber wir glauben, daß diese Vorschläge durchaus nicht genügen. Da nach der Erklärung des Reichsernährungsministers völlig Mangel an Kartoffeln besteht, so muß bei dem zu erwartenden günstigen Ausfall der Ernte und wegen der Notlage, in der sich die Massen befinden, eine Herabsetzung dieses Preises eintreten.

Regierungsprogramm in Braunschweig

Braunschweig, 16. Juli.

In der Landesversammlung leitete Minister Dertter die Beratungen des Staatshaushalts durch eine programmatische Erklärung ein, nach welcher das Staatsministerium sich zur sozialen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung bekennt. Das Staatsministerium wird im Rahmen der Verfassung und Gesetzgebung des Reiches im Freistaat Braunschweig auf dem verfassungsmäßigen Wege folgende Aufgaben zu lösen versuchen:

Die Umwandlung der Einwohnerwehren, der Sicherheitspolizei und der Polizeiorgane zu Einrichtungen zum Schutze des Freistaates und des ganzen Volkes, Befreiung der bürokratischen Staatsverwaltung wie der bürokratischen Verwaltung in Gemeinde und Kreis, Uebernahme der Verwaltung durch das Volk selbst, Umgestaltung der Stadt-, Gemeinde- und Kreisordnung und Ausbau der Gemeinde- und Kreisverordnungen zu vollen Selbstverwaltungsorganen, die zugleich Wirtschaftskörper werden, Ausschaltung aller persönlichen und kapitalistischen Interessen bei der Bewertung und Ausübung der Staatsländereien, Forsten, Bergwerke usw., Gewerbe der in Braunschweig gelegenen Kohlenbergwerke für die Allgemeinheit, ebenso der Kaliwerke, ferner der Elektrizitätswerke, industrieller Betriebe und Versicherungsanstalten, gesetzliche Regelung des Wohnungswesens durch den Staat, Sicherung der Ernährung des Volkes durch Regelung des Anbaues der landwirtschaftlichen Produkte und der Viehhaltung für die Bedürfnisse der Allgemeinheit, Wolllieferungspflicht aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse an Gemeinde und Kreis, Durchführung der Trennung von Kirche und Staat nach den Richtlinien des Reiches, Schaffung einer Staats- und Einheitschule, Befreiung der Klassenpolitik, vorbildliche Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Staatsbetrieben, Kanalliche Regelung des gesamten Wohlfahrtswesens, der Armenpflege und des Gesundheitswesens.

Regierungsbildung in Bayern

München, 16. Juli.

In der heutigen Sitzung des Landtages fand zunächst die Wahl des Ministerpräsidenten statt. Es wurde bei 143 abgegebenen Stimmen der bisherige Ministerpräsident Dr. von Kahr mit 100 Stimmen wiedergewählt. 43 Zettel waren unbeschrieben.

Nach kurzer Pause erklärte sich der neugewählte Ministerpräsident bereit, die Wahl anzunehmen und gab die neue Ministerliste bekannt, die zwischen den Koalitionsparteien vereinbart war. Hiernach übernimmt das Ministerium des Äußeren und das Ministerium des Innern der Ministerpräsident, das Kultusministerium Regierungsrat Matt (Bayerische Volkspartei), das Justizministerium Regierungsrat Dr. Roth (Mittelpartei), das Finanzministerium Dr. Krausnick (Bayr. Vpt.), das Ministerium für soziale Fürsorge Oswald (Bayr. Vpt.), das Landwirtschaftsministerium Wulhofer (Bauernbund) und das Handelsministerium Ham (Demokrat).

Hiernach verbreitete sich der Ministerpräsident in einer längeren Rede über die Verhältnisse, die zwischen der Staatsregierung und den Koalitionsparteien für die Durchführung der Staatsgeschäfte festgelegt waren, und betonte dabei in besonderer Weise das Festhalten der Staatsregierung an der Einheit des Reiches. Wir wünschen aber keinen extrem unitarischen, sondern einen föderalistischen Ausbau des Reiches, aber nicht in dem Sinne eines engherzigen Partikularismus, der nur an sich denkt oder im Sinne einseitiger Reservatrechtspolitik, sondern im Sinne einer freien auf das Große gehenden Einigung. Zum Schluß kam der Ministerpräsident auf die Verhandlungen in Spa zu sprechen.

Nun erst hat Herr v. Kahr die verfassungsrechtliche Bestätigung seiner Ministerpräsidentenschaft erhalten, nachdem er in den Märztagen unter den Augen des Generals v. Mohl auf ziemlich dunklem Wege zu dieser Würde gelangte. Das Ministerfortium, mit dem sich Herr v. Kahr umgibt und das der Landtag ebenfalls bestätigte, ist der getreue Ausdruck des reaktionären Kurses der bayerischen Politik. Aus den Leitfäden der neuen Regierung ist interessant das Bekenntnis zur Einheit des Reiches. Bisher war die praktische Politik des Herrn v. Kahr trotz aller gegenteiligen Versicherungen nicht gerade der Einheit des Reiches dienlich. Es sei nur erinnert an die herausfordernde Stellungnahme Bayerns zur Frage der Einwohner- und Sicherheitswehren, in der sich Bayern im Gegensatz zum Reich stellte. Herr v. Kahr hat sich bisher nur hervorzuhagen verdient gemacht um die Bekämpfung der sozialistischen Arbeiterfrage. Heute herrscht in Bayern der Ordnungssinn, der Volkswirtschaft, der Sozialistenhaß und der Antisemitismus. Diese Dinge sind aufs glücklichste vereinigt in der Persönlichkeit des Herrn v. Kahr. Damit ist die Stellung der bayerischen Arbeiterschaft diesem Ministerium und diesem Ministerpräsidenten gegenüber klar. Nur härteste Kampfstellung gegen diesen gefeierten Hirt der Reaktion kann es geben.

Unerhörte Maßregelungen

B. B. N. melden aus Köln, daß infolge Weigerung der Arbeiter der Maschinenbauanstalt Humboldt, das Zeitarbeitsystem einzuführen, ungefähr 3000 Arbeiter entlassen worden sind. Die Leitung der Fabrik gibt gegenüber der Abicht der Arbeiter, trotz der Entlassung, die Arbeit fortzusetzen, bekannt, daß von Stunde der Entlassung an keinerlei Lohnauszahlung mehr erfolge.

Die Rheinische Zeitung meint, die Sache sei damit noch nicht abgeschlossen, sie werde weitere Folgen nach sich ziehen. Und wir meinen, daß den Unternehmern derartige Versuche Mittel zur Verschärfung der Ausbeutung einzuführen, geradezu empfohlen werden von den ebenso übereifrigen wie ungläubig dummen Gesellen, die ständig predigen, die Steigerung der Arbeitsleistung sei unausweichliche Pflicht der Arbeiter. Den Unternehmern ist natürlich jedes Mittel recht. Und ist einmal ein Anfang gemacht mit Akkordlöhnen und ähnlichen Versuchen, dann greifen sie zu anderen, härteren Mitteln. Nun benutzen die die Krise, um zu ersten, was durch eine so blöde Propaganda gefäht wurde.

Die Böbelauftritte vor der französischen Botschaft

Die Schuldigen

Der nationalistiche Böbel hat durch seinen Austritt vor der französischen Botschaft Deutschland in eine unangenehme Lage gebracht. Die französische Vertretung verlangte für den Raub der Tricolore Genugtuung und das Auswärtige Amt mußte sich bereit erklären, neben der formellen Entschuldigung eine deutsche Ehrenkompagnie zu stellen, die am gestrigen Tage beim Wiederaufstehen der Tricolore salutieren mußte. Wenn die nationalistischen Organe in diesem Akt eine Erniedrigung Deutschlands erblickten, so muß ihnen gesagt werden daß sie diese Erniedrigung durch ihre ebenso sinnlose wie dumme Hege gestiftetlich heraufbeschworen haben.

Der bestellte Mob, der am 14. Juli den Fahnenraub provozierte, hat aber aus der unangenehmen Situation, in die er Deutschland gebracht hat, absolut noch nichts gelernt. Er will neben der ersten sogenannten Erniedrigung anscheinend noch eine zweite, weit schlimmere heraufbeschwören. Als gestern Mittag die bestellende Reichswehrkompagnie vor der französischen Botschaft erschien, hatte sich bereits wieder eine Rote dummer Buben dort eingefunden. Sie kam aus einer sogenannten Protestumgebung der Universität. Studenten waren also die Hauptmacher des nun folgenden Vorfalles, über den berichtet wird:

Um 1 Uhr mittags rückte eine Reichswehrkompagnie mit umgeschuldetem Koppel und Seitengewehr und geschuldetem Gewehr auf dem Pariser Platz an. An der Spitze der Kompagnie ritt der Kompagnieführer. Die Kompagnie zog einmal um die vor der französischen Botschaft befindliche umzäunte Gartenanlage und machte dann vor der Botschaft halt. Als die Kompagnie vor der Botschaft Front stand, wurde die französische Tricolore hochgezogen. In diesem Moment erscholl das Kommando: „Nicht euch! Gerade aus!“

Das Herandrücken der Reichswehrkompagnie wurde vom vielhundertköpfigen Publikum mit lebhaften Pfuirufen und schrillen Pfiffen begleitet, die sich beim Frontmachen der Kompagnie in besonderer Maße verstärkten. Das Mißfallen des Publikums schlug jedoch sofort in das Gegenteil um, als die Kompagnie nach dem eine Viertelstunde dauernden Schauspiel vor der Botschaft beim Kommando: „Kompagnie marsch!“ noch vor der Botschaft das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ anstimmte. Die angesammelte Menschenmenge stimmte in das Lied unter Hochrufen mit ein.

Der Führer der französischen Militärmission, General Nollet, war auf dem Balkon der französischen Botschaft Zeuge des militärischen Schauspiels und der damit verbundenen Demonstrationen. Die Demonstrationen des Publikums dauerten auch nach dem Abmarsch der etwa hundert Mann starken Reichswehrkompagnie an. Als drei französische Offiziere kurz vorher im Automobil die Bunden heraussahen,

wurden sie während ihrer Fahrt von Pfeifen, Johlen und Schreien begleitet. Drei Personen aus dem Publikum gerieten hierbei in Schreckämple und mußten zur Brandenburger Torwache gebracht werden, wo sie langsam beruhigt wurden.

Wenn die französische Botschaft aus diesem Vorfalle neue Folgerungen ziehen sollte, so würde sie dem Mob eine Bedeutung beimessen die ihm außer einigen hilflosen Anhängern der Rechtsparteien niemand sonst in Deutschland zollt. Die Aufzüge des nationalen Böbels charakterisieren lediglich ihre Urheber und Teilnehmer. Der anständige Teil des Volkes, vor allem die Arbeiterklasse, empfindet vor ihnen tiefste Verachtung. Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ wegen der gerade von ihr geförderten Egge vor der französischen Botschaft eine Abrechnung im Parlament androht, so wird gerade das die beste Gelegenheit sein, jenen Lausbuben und ihren Anführern die Nase vom Gesicht zu reißen und vor aller Welt festzustellen, daß nicht die Gesamtheit des Volkes, sondern ein kleiner Bruchteil von politischen Verbrechern Deutschland auf das Niveau einer Kaschemme herabs

Das es auch gestern wieder zu den sinnlosen Aufzügen des Mobs vor der französischen Botschaft gekommen ist, daran trägt allerdings nicht nur die beispiellose Hege der Rechtspresse die Schuld, sondern auch die geradezu frivole Nachlässigkeit der politischen Organe. Die französische Botschaft liegt in der sogenannten Banne des Reichstags. Nach dem Gesetz hat die Polizei das Recht, an dieser Stelle jederzeit Versammlungen zu vermeiden, zumal wenn sie provokatorischen Charakter haben. Trotzdem wurde am 14. Juli der erste Aufzug zugelassen, und er konnte sich gestern, wo seine schädlichen Folgen ganz genau bekannt waren, sogar wiederholen. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß etwa ausgedehnte Arbeiterfrauen, die vor einem Reichstagsgebäude erschienen wären, um ihrem Unwillen gegen die verheerende Politik der Regierung Ausdruck zu geben, daß diesen Arbeiterfrauen nicht die gleiche Milde und Rücksicht entgegengebracht worden wäre, wie dem nationalistischen Böbel. So zeigt und gerade auch dieser Vorfall wieder, daß Reichswehr und Sicherheitspolizei ein absolut unzuverlässiges Instrument gegen rechts sind. Sie treten nur in Funktion gegen links und dann mit aller Niedertracht und Grausamkeit. Ein schlechtes Zeugnis für die Regierung, denn die Tatsachen beweisen, daß sie die demagogische Macht nicht in der Hand hat, sondern daß sie ein Spielzeug in den Händen der Offiziere ist.

Und noch eins: Es ist gelungen, den Flaggenräuber in der Gestalt eines jungen Burschen festzunehmen. Nach dem „Berliner Tageblatt“ soll eine offizielle Erklärung des Polizeipräsidenten über die Motive, die den jungen Mann zu dieser Tat trieben, erst nach Verabredung mit dem Auswärtigen Amt erfolgen. Das sieht allzuviel nach einer Vertuschung aus. Wir verlangen, daß die Motive so schnell wie möglich bekanntgegeben werden, denn wir haben allen Grund zu der Annahme, daß der junge Mann nicht aus freien Stücken gehandelt hat, sondern im Auftrag von Drahtziehern, die unter seinen Umständen im Dunkel bleiben dürfen. Und das um so mehr, weil diese Drahtzieher die feste Absicht haben, die Kundgebungen vor der Botschaft zu einer künftigen Einrichtung zu machen.

Die Reaktion rüstet weiter

Werbebüros auf den Berliner Bahnhöfen

General v. Seekt, Herr Gehler und die anderen Regierungsexperten haben auf der Konferenz in Spa die Unwissenheit gespielt und im weinerlichen Tone versichert, sie wüßten nicht, auf welche Weise die Bevölkerung in den Besitz der vielen Waffen gekommen sei, die in Deutschland noch verstreut gelagert würden. Das war die widerlichste Heuchelei, die man sich denken konnte. Denn erstens einmal steht fest, daß nicht etwa die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit Waffen verstreut hält, sondern nur ein bestimmter Teil: Das reaktionäre Bürgertum und die Großgrundbesitzer nebst ihrem läublichen Anhang. Zweitens ist es eine Tatsache, daß sich die Reaktionen ihre Waffen nicht aus dem Himmel geholt haben; sie sind ihnen vielmehr von militärischen Dienststellen geliefert worden, und zwar auf Grund eines ganz bestimmten Planes: einmal um die Waffen der Entente nicht abzuhelfen, zum anderen, um sich eine militärische Hilfsstruppe zu schaffen, die im Verein mit der Reichswehr den monarchistischen Witsch durchführen soll, sobald die Zeiten dazu wieder reif geworden sind.

Dem Reichswehrministerium können diese Tatsachen, die längst geschichtlichen Charakter bekommen haben, nicht unbekannt geblieben sein. Seit Monaten berichtet die Presse von Waffenschleudungen durch militärische Dienststellen. Die Nachrichten konnten fast immer dokumentarisch belegt werden, wenn das Reichswehrministerium gegen die Schiedungen trotzdem noch nicht eingeschritten ist, so läßt dieses Verhalten nur den einzig richtigen Schluß offen, daß es die Schiedungen nicht nur billig, sondern offen unterstützt. Auch dafür haben wir schon Beweise erbracht, und wenn es erforderlich sein sollte, werden wir weiteres schwerwiegendes Tatsachenmaterial beizubringen wissen.

Für heute nur noch das eine: Die Verschlebung von Waffen und entlassenen Soldaten aus die Güter in Pommern, Brandenburg und Schlesien gehen mit verstärktem Hochdruck weiter. In den letzten Wochen ist die ganze Niederlausitz insgeheim mit einem starken militärischen Reg überzogen worden. In den Kreisen Guben und Crossen ist das Landvolk bis auf den letzten „zuverlässigen“ Mann bemessen worden. In Berlin befinden sich auf den Bahnhöfen geheime Werbebüros, die entlassene Soldaten auf die pommerschen und märkischen Güter verschleiben. Erst am Dienstag hat die Berliner Polizei 22 Mann, die von dem berüchtigten Hauptmann Pfeffer in Bielefeld angeworben waren, festgehalten und der Kommandantur zugeführt. In Bielefeld wurden sie militärisch ausgerüstet, mit Militärfahrzeihen versehen und dann auf das Gut Gütow bei Arnswalde in der Neumark, das der Gräfin Schloffen gehört, gebracht. Bei der Anwerbung war den Leuten ein Lohn von 18 M. und Erhaltung aller Ausgaben zugesichert worden. Auf dem Gut aber wurde nur eine Entschädigung von 11 M. ohne Bekleidung angeboten; so kam es zu Differenzen. Den angeworbenen Mannschaften war gesagt worden, daß auf dem Gut und auch auf den Nachbargütern eine Maschinenwehrtkompagnie, Infanterie und eine reitende Abteilung zusammengestellt werden sollte und daß Hauptmann Pfeffer besonders diejenigen Leute zu haben wünsche, die aus dem Freikorps Lichtschlag stammten. Da eine Verständigung zwischen den Leuten und dem Hauptmann Pfeffer, der gleichfalls auf dem Gute eingetroffen war, nicht erzielt wurde, zahlte dieser am 15. Mann 2000 M. aus und handigte ihnen Militärfahrzeihen aus mit dem Bemerkten, „wir können die Leute ruhig auf Staatskosten loslassen.“ Daß Mannschaften mit unrechtmäßigen Fahrzeihen im Schnellzug befördert werden, erklärt sich nur daraus, daß auch anscheinend die Bahnvorsteher mit den Werbeoffizieren in enger Verbindung stehen. Das Werbebüro auf dem Stettiner Bahnhof wird von einem Leutnant v. Below geleitet, der auch die gefälschten Fahrzeihen ausfüllt und namentlich unterschreibt. Vom Sennelager aus betreibt die Schiedungen z. B. ein Leutnant namens Schmoer, der ebenfalls mit gefälschten Urlaubsscheinen arbeitet.

Damit genug für heute. In das Reichswehrministerium aber richten wir die öffentliche Anfrage: Aus welchen Gründen ist der Hauptmann Pfeffer, gegen den ein Steckbrief vorliegt, bisher noch nicht verhaftet worden? Und weiter: Warum wird gegen die Offiziere die mit gefälschten Urlaubsscheinen schon seit Wochen Soldaten verschoben, also ganz gewöhnliche Verbrecher sind, nicht eingeschritten? An das Proletariat aber ergeht die Aufforderung, auf der Hut zu sein. Das unehrliche heuchlerische und irreführende Treiben, das die amtlichen Stellen in der Entwaffnungsfrage spielen, läßt nur den Schluß zu, daß über kurz oder lang eine Exekution gegen das Proletariat unternommen werden soll. Man wird dort nach Waffen suchen, wo keine vorhanden sind und dabei wieder die alten Drangsalierungen, wie Schughast, Kappurteile durch Kriegesgerichte, Erschießungen „auf der Flucht“ und dergleichen mehr in reichlicher Maße anzuwenden trachten. Die Reaktionen aber, die tatsächlich Waffen und Munition ausgepakt haben und zwar auf Anweisung militärischer Dienststellen, diese Reaktionen wird man von Hausjungen und dergleichen verschonen, weil die Bewaffnung der Reaktion heute mehr denn je den Wünschen der abenteuernden Generale entspricht.

Der große Streik in Königsberg

Der Streik der städtischen Arbeiter in Königsberg, der bereits etwa 10 Tage dauert, wird noch immer mit wachsender Kraft fortgesetzt. Er nimmt täglich an Ausdehnung zu indem auch andere Arbeitergruppen teils sich entschließen, teils hineingezogen sind. Es befinden sich bereits 20000 Arbeiter im Ausstand. Einige Großbetriebe haben die Streikenden fristlos entlassen.

Die Vertreter des Berliner Proletariats haben gestern auf der Generalversammlung unserer Berliner Parteiorganisation der Königsberger Arbeiterschaft ihre Sympathie bekundet. (Siehe auch den Bericht.)

Die Entspannung in Spa

Der Berichterstatter des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet bei seinem Blatte aus Spa unterm 15. Juli: Die Entspannung hat heute Abend vollkommen. In den Kreisen der Delegierten sind die Gemüter zur Ruhe zurückgekehrt. Von einem Ultimatum ist jetzt nicht mehr die Rede. Selbst der Zwiespalt unter den deutschen Vertretern hat aufgehört. Minister Simons war heute Abend in der Villa Millerands zu Besuch, wo er auch Lord George und seinen Sekretär antraf. Die Herren haben in aller Gemütslichkeit die deutschen Vorschläge besprochen. Simons war mit dem Resultat dieser Besprechung sehr zufrieden. Er erklärte später, einen angenehmen Empfang gefunden zu haben. Die beiden Ministerpräsidenten vermaßen die einzelnen Punkte des deutschen Vorschlages nicht recht zu übersehen, doch war der Sekretär Lord Georges bei Mißverständnissen stets behilflich. Die offizielle Antwort der Entente soll heute Abend um 9 Uhr nach dem Vorstehenden der deutschen Delegation überreicht werden. Simons erklärte jedoch bereits, daß keiner seiner Vorschläge direkt verworfen werden würde.

Die deutsch-italienischen Beziehungen

Spaa, 16. Juli.

Ueber die Unterredung, die heute vormittag zwischen Reichsminister Dr. Simons und dem Grafen Sforza stattfand wird bekannt: Nach den Besprechungen der Kohlenfrage wurden auch die deutsch-italienischen Handelsbeziehungen unter Einlegung einer Art Schiedsgerichtshöflichen Verfahrens für die zurückliegenden Streitigkeiten wegen Nichterfüllung der deutschen Lieferungsverpflichtungen und die Einführung eines gewissen Typenvertrages für künftige Handelsvertragsabstufungen ins Auge gefaßt. Es wurde jedoch die Frage eines Gebührens für die deutsche Botschaft beim Anirinal besprochen, die zu der Frage der Entsendung eines deutschen Botschafters in näherer Beziehung steht.

Generalversammlung der Bezirksorganisation Berlin-Stadt

In der gestrigen Generalversammlung der Bezirksorganisation Berlin-Stadt U. S. P. D., erbatete der Vorsitzende, Genosse Bruno Krause, den

Geschäftsbericht.

Er gedachte einleitend aller Dorer des revolutionären Proletariats im letzten Halbjahr, zu deren Andenken sich die Versammlung von den Plätzen erhob. Er wies auf die durch die Umstellung der Wahlkreisorganisationen neu geschaffene Organisationsform auf die Schwierigkeiten hin, die dieser Umorganisation im Wege standen. Er machte weiter darauf aufmerksam, daß durch die Schaffung Groß-Berlins sich eine erneute Umorganisation nötig mache. Krause gedachte auch der Differenzen zwischen Gewerkschaften und Käten und sprach die Hoffnung aus, daß es hier zu einer befriedigenden Lösung kommen möge. Er erinnerte an den Leipziger Parteitag, dessen Stellung zur Internationalen, an die Januarnorgänge vor dem Reichstag, an den Kapp-Putsch und schilderte die Haltung der Berliner Partei-Genossen zu all diesen Dingen. Redner fordert wiederholt, daß die Zustimmungen und Differenzen der einzelnen Organisationen die endliche Entscheidung der Reichstagswahlen und die Stadtvorordnetenwahlen beschleunigen und die Stadtvorordnetenwahlen beschleunigen und die Stadtvorordnetenwahlen beschleunigen und die Stadtvorordnetenwahlen beschleunigen.

Kassenbericht.

Der auch gedruckt vorlag. An Einnahmen für Beitragsmarken im Halbjahr Oktober 1919 bis April 1920 waren vorhanden 184 556,20 Mark, an allgemeinen Einnahmen 49 163,61 Mark, so daß sich also eine Gesamteinnahme von 233 719,81 Mark ergibt. Daraus sind abgezogen 169 054,09 Mark allgemeine und 18 513,13 Mark Verwaltungsausgaben gegenüber, insgesamt 187 567,22 Mark Ausgaben. Es bleibt demnach ein Bestand von 75 952,59 Mark. Durch die Wahlen ist dieser Bestand aber weitaus aufgebraucht, es bestehen für die Verbandskasse noch 150 000 Mark Schulden aus der Wahlbewegung. Herbst tritt energisch für die Weiterzahlung des doppelten Beitrages ein. Für das Berichtshalbjahr ist eine Mitgliederzunahme von 11 000 zu konstatieren.

In der Diskussion wünschte der Genosse Kuno in der Frage der Beitragsentlastung Urabstimmung. Genosse Kleinsmidt verbreitete sich besonders über die von Krause behauptete Differenzpunkte innerhalb der Partei. Er warf den Gewerkschaften vor, daß sie dem Aktionsprogramm der Partei zumindest eine eigene Auslegung geben. Redner befragte sich häufig über die Teilnahmslosigkeit der Parteimitglieder, die nicht nur die Kommissionen innerhalb der Parteiorganisation nicht besetzt wurden, sondern auch die radikalen Kommissionen die uns offen stehen. Er machte auch der Geschäftsleitung den Vorwurf, daß sie nicht immer auf dem Posten gewesen sei und klagte erneut die „Freiheit“ an, daß sie über Sowjet-Rußland nicht genügend unterrichtete. Genosse Landa stimmt im wesentlichen den Ausführungen Krauses zu und verlangt die Schulung der Mitglieder. Er übt an der Berichterstattung der „Freiheit“ über die Konferenz in Spa scharfe Kritik, ebenfalls an der Haltung der Zentralkommission in dieser Sache. Genosse Rosenberger wünscht erfolgreichere Propaganda, sozialistische Schulung und weist darauf hin, daß große Teile der Parteimitglieder immer noch den Religionsgemeinschaften angehören und die Kinder dem Religionsunterricht zuführen. Der Religionsgegenstand zwischen den Jungen und Alten müsse ausgeföhnt werden. Genosse Beilge weist darauf hin, daß die Genossen ihre Frauen oder Töchter mehr zur Partei bringen müssen.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht wurde hiermit geschlossen. Im Namen der Revisoren hat Genosse Leiste um Entlastung für den Kassierer, Genosse Krause stellte in seinem Schlusswort nochmals fest, daß nur die Einigkeit den Sieg verbürge. Genosse Herbt trat in seinem Schlusswort nochmals für die doppelte Beitragsleistung ein. Die Entlastung für den Kassierer wurde einstimmig beschlossen.

Zur Vorstandswahl regte Genosse Kleinsmidt an, bis zur Reorganisation für Groß-Berlin die alte Geschäftsleitung zu belassen. Dieser Anregung wurde zugestimmt. Ein Antrag, Hausagitation in großem Umfange vorzunehmen, wurde angenommen und die Ausführung der Geschäftsleitung übertragen. Genosse Weger machte ins einzelne gehende Ausführungen über die Landagitation, Genosse Schindler ergänzte dieselben. Ein dahingehender Antrag, überall Sonderkommissionen für die Landagitation einzusetzen, wurde angenommen. Eine Sympathieerklärung für die Königsberger streikende Arbeiterkassier wurde angenommen. Genosse Reimann regte an, kleinste die Prekominmission, soweit sie bis jetzt gewählt ist, zusammenzurufen, da die Haltung der „Freiheit“ genügend Gelegenheit gebe, sich mit ihr zu beschäftigen. Dies sagte die Geschäftsleitung zu. Genosse Weise nahm Angriffe, die er in einer früheren Versammlung gegen den Genossen Claus richtete, zurück, da er inzwischen Aufklärung erhalten hat. Genosse Schölyge machte in diesem Zusammenhange ebenfalls kurze Ausführungen, die sich gegen die persönlichen Vergleichen innerhalb der Partei richteten. Damit wurde die Versammlung geschlossen.

Die Volksabstimmung in Westpreußen

Aus Westpreußen wird uns geschrieben: Die Abstimmung in den Teilgebieten Ost- und Westpreußens hat mit einem überwältigend großen Erfolg Deutschlands geendet. Unerwartend ist das für Kenner des Ostens nicht, denn die ganze arbeitende Bevölkerung, ohne Unterschied der Parteigebhörigkeit, hat für Deutschland gestimmt. Damit ist die alte Wahrheit, daß die wirtschaftlichen Bedingungen die härteste Triebfeder in der menschlichen Gesellschaft sind, wieder einmal glänzend bestätigt. Millionen und polnische Landarbeiter wissen sicher von Marx und der materialistischen Geschichtsauffassung nichts. Bei der Abstimmung aber handelten sie, als hätten sie dessen Forschungsresultate jahrelang studiert. Wäre es nur nach den sogenannten „böhschen“ Grundlagen gegangen, so hätte Deutschland nicht entfernt so hohe Zahlen erhalten. Der Polen und Litauern wollen eben nicht in den polnischen Staat hinein. Sie wissen ganz genau, daß sie es dort noch schlechter haben als in Deutschland.

In dieser Hinsicht charakteristisch ist das Verhalten der Grenzgemeinden. Naturgemäß ist das Deutschum hier am schwächsten. Unter dem unmittelbaren Anschauungsunterricht, der den Bewohnern von der Grenze des „freien“ Polens her täglich zuteil wird, stimmen sie deutsch. Die einige einzigermaßen kompakte Polenzahl Ostpreußens z. B. befindet sich im Allensteiner Landkreise, also nicht in unmittelbarer Nähe der Grenze.

Aber das Abstimmungsergebnis ruft die Frage nach Revision des Versailler Friedensvertrages wach. Westpreußen ist durch ihn in drei Teile zerissen worden. Es ist aber wirtschaftlich ein einheitliches Gebiet und durch Grenzpläne im Lande Schranken aufrichtigen, wo seit Jahrhunderten freier Verkehr herrschte, wo haben und drüben Geschäft und Familienverbindungen bestehen, geht nicht an, ohne die ganze Bevölkerung rebellisch zu machen. Unter dem polnischen Korridor leiden die deutsch gebliebenen Gebiete sehr stark. Die Polen haben bisher nicht die Verpflichtungen innegehalten, die ihnen der Versailler Vertrag auferlegt. Eine Reise von Elbing nach Danzig kostet beispielsweise bei Benutzung der Bahn außer dem Fahrpreis noch eine Pachtgebühr von 100 Mark, die in deutscher Währung zu entrichten sind. Das damit der Verkehr abgedrosselt ist, braucht nicht erst betont zu werden.

Der freistaat Danzig ist ein lebensunfähiges Staatengebilde. Er macht gegenwärtig eine überaus schlimme wirtschaftliche Krise durch. In der Stadt Danzig befinden sich zurzeit etwa 10 000 Arbeitslose, meist Familienväter, ohne Arbeit. Dabei zählt der ganze

Freistaat etwa 350 000 Einwohner mit hoch 41 500 000 Mark geht daraus hervor, daß in Danzig ein Arbeiter mit 7 000 bis 8 000 Mark Jahreslohn pro Jahr etwa 1000 Mark mehr Steuern zu zahlen hat, als in Deutschland. Die Grenze zwischen dem Freistaat und Deutschland geht in Marienburg mitten durch die Stadt und trennt Kalthof, einen Stadtteil, von Marienburg ab. Im Norden ist ähnlich. Jezier und Jungfer, zwei große Dörfer im Nordosten, gravitieren wirtschaftlich nach Elbing hin, in dessen Nähe sie liegen. Ohne Rücksicht darauf ist Jancier zu Danzig geschlagen. In Jezier läuft die Grenze durchs Dorf. Der Teil auf dem rechten Flußufer ist deutsch, der auf dem linken freistaatlich.

Rechtliche Fälle staatsrechtlicher Währungs könnten hundertweise aufgezählt werden; auch aus den an Polen gefallenen Gebieten. Besonders schlimm daran sind hier die mit schwebischen Banern besetzte Culmer Niederung und die Stadt Graudenz. Auch die Polen leiden unter der wirtschaftlichen Zerstückelung Westpreußens und der Verwahrlosung durch die Warschauer Imperialisten derart, daß es bereits wiederholt zu Unruhen gekommen ist. Eine Volksabstimmung in Westpreußen ist das mindeste, worauf die Bevölkerung Anspruch hat. Eine solche Bewegung war im polnischen Westpreußen bereits vor der Abstimmung im Gange. Durch den Ausbruch des 11. Juli hat sie neue Nahrung erhalten. Für uns unabhängige Sozialdemokraten liegt keine Veranlassung vor, dem berechtigten Streben der westpreussischen Bevölkerung nach Selbstbestimmung ihres Schicksals entgegenzutreten, denn die heutigen Zustände sind in der Tat unagulierbar.

Das Stahlbad

Die Pariser Kommission für Untersuchung der Resultate des Weltkrieges hat nunmehr über ihre Arbeiten eine abschließende Statistik vorgelegt, aus der „Memento Rotterdamse Courant“ einige Schlüsselsätze veröffentlicht. Die zehn am Weltkrieg beteiligten Länder zählten im Jahre 1913 rund 400 Millionen Einwohner, deren Zahl sich unter normalen Verhältnissen bis zum Jahre 1919 auf 424,4 Millionen vermehrt haben würde. In Wirklichkeit aber hatten sie bis 1919 nur 11 Millionen abgenommen. Insgesamt beträgt also der Kriegsverlust 38,4 Millionen Köpfe, welcher sich folgendermaßen verteilt: 9 829 000 Personen sind im Krieg gefallen, 5 300 000 starben infolge von Blockade und Infektionskrankheiten, 20 250 000 wurden infolge des Geburtenrückganges während des Krieges nicht geboren. Von 70 Millionen Deutschen sind 2 000 000 gefallen, 700 000 starben infolge der Blockade und Krankheiten, 2,6 Millionen kamen an den Geburtenrückgang. Das französische Kriegsministerium machte bekannt, daß Frankreich im Jahre 1913 872 Mann verloren habe, unter ihnen sind 361 854 als vermisst gemeldet, die man auch als verloren annehmen kann.

Entsprechend diesen furchtbaren Opfern, die der Menschheit durch den Weltkrieg auferlegt wurden, sind die materiellen Verluste. Sie lassen sich auch nicht annähernd in Zahlen ausdrücken. Nur das eine steht fest: Daß die Menschheitskultur auf Jahrzehnte zurückgeworfen worden ist.

Die Schmiergelber bei der Reichsgemüsestelle

Wie ein kürzlich stattgefundener Prozeß ergeben hat, hat der Prokurist Plato von der Reichsgemüsestelle unter Ausnutzung seiner Stellung Beziehungen zu einer Versicherungsgesellschaft zur Erlangung von Schmiergeldern in Höhe von 1 1/2 Millionen Mark knüpfen. Da er als Kriegsteilnehmer amnestiert ist, ist er noch in ungeklärter Besitz dieser Summen, um die er das Reich geschädigt hat. Auf eine Eingabe des Vereins gegen das Bestechungswesen, die den Reichsernährungsminister darauf hinweist, daß der Reichsfiskus die ungeschmälerte Herausgabe der Schmiergelber auf Grund der §§ 687, 675 des Bürgerl. Gesetzbuches im Wege der Zivillage fordern könne, hat der Reichsernährungsminister die sofortige Prüfung zugesagt und dem Verein mitgeteilt: „Für den Hinweis auf die Rechtsprechung sage ich verbindlichen Dank. Ich teile durchaus die richtige Auffassung, daß es das Reich empfinden weiter Volkswirtschaft verleben muß, wenn der Kaufmann Plato in ungeklärter Besitz der von ihm empfangenen Schmiergelber verbleibt, und bitte überzeuge zu sein, daß hier nichts unversucht gelassen wird, um diese Beträge der Allgemeinheit zuzuführen.“

Der Wortlaut dieser Antwort kann keine Befriedigung auslösen, da er nicht in Aussicht stellt, daß sofort die Klage gegen Plato eingereicht wird. Hoffentlich holt der Reichsernährungsminister dies sofort nach, da er sich sonst übermäßig heftigen Angriffen aussetzen dürfte.

Die kapitalistische Kultur

In einer Greifswalder Zeitung fanden wir folgendes Inserat: Arbeiter Greifswalds!

Ich bitte um eure Hilfe, nicht in Form von Gewaltmaßnahmen, sondern in der Wahrung gesetzlicher Vorschriften zur Durchführung gerechter, sozialer Maßnahmen. Noch immer leiden unzählige frange Kinder unseres Volkes in schauerlicher Weise darunter, daß wir Ärzte ihnen nicht genügend Milch, Sahne, Butter zukommen lassen können. Seht Euch solche Kinder in meiner Klinik an und dann schickt eure Vertreter einmal nach Binz a. Rügen! Dort werdet ihr sehen, wie Hunderte von kleinen Weibern sich im sogenannten Familienbad halb nackt im Sande reizen und dann in großer Toilette zum Kaffee in den Restaurants zu 5 Mk. pro Person eichte Schlagjahn essen! Ich habe es mit eigenen Augen gesehen! Wie ist es möglich, daß täglich Hunderte von Litern Milch in den Bädern zur Herstellung von Schlagjahn verwendet und den kleinen Weibern, meist jüdischer Rasse, zugute kommen, während Tausende von Kindern unseres armen deutschen Volkes sterben und verderben müssen? Arbeiter, seht Euch selbst einmal diesen Zustand an! Ich bin bereit, einem eurer Vertreter die Reisekosten aus meiner Tasche zu ersetzen. Dann protestiert mit mir bei euren Vertretern der Regierung, die ihr gewählt habt und helft mit, daß diesen Zuständen ein Ende gemacht wird!

Gen. Rat Prof. Kömer.

Der Zustand, den der Greifswalder Professor in seinem Inserat gezeichnet, ist in der Tat himmelschreiend. Aber er ist nicht nur in Binz vorzufinden, sondern in allen Städten und Dörfern, wo sich Leute zusammenfinden, die durch den Krieg die verdienten und sich deshalb alle Wohlgefühle gestatten können, ohne Rücksicht auf das Elend ihrer Mitmenschen, für die der Krieg kein sprudelnder Erwerbssquell war. Und es ist daher auch völlig verfehlt, das Schlammerleben nur der jüdischen Rasse zuzuschreiben, denn auch die reinen Arier verschmähen es nicht, sich an volle Tassen zu setzen. Für diesen Zustand ist also nur ein System verantwortlich zu machen: das kapitalistische. Wer dem Elend zu leibe rücken will, muß dieses System austrotten!

Die Oberschichten im Bergbau Bedingungen der Angestellten

Der Reichsverband Deutscher Bergbau-Angestellter kürzte am seinem Vorkriegstag in Belsenkirchen auch die Frage der Heberarbeit im Bergbau eingehend. Es wurde eine Entscheidung angenommen, in der es heißt: Wir knüpfen an ein weiteres Verfahren von Heberschichten folgende Bedingungen: 1. Freilassung des Heberschichtengeldes von jeglicher Besteuerung; 2. Ueberweisung eines gewissen Betrages aus dem Verkaufspreis der Kohlen an die Knappheitsklasse zwecks Aufbesserung der täglichen Rentieren; 3. Sicherstellung einer besseren Ernährung, insbesondere bessere Verpflegung mit gesundheitlich einwandfreiem Brot. Mit dieser Entscheidung befinden wir uns in völliger Uebereinstimmung mit den Bergarbeitern und knüpfen hieran die feste Erwartung, an maßgebender Stelle gebildet zu werden.

Spa und Mitleiddeutschland

Berlin, 16. Juli. Zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern des mitleiddeutschen Braunkohlenbergbaus haben schon in der letzten Zeit Einigungsverhandlungen stattgefunden, bei denen bisher eine Einigung über die Erhöhung des Kinder- und Hausstandsgeldes erzielt werden konnte. In der letzten im Reichsarbeitsministerium bis in die späten Abendstunden während der Verhandlung wurde über die Lebensmittelfürsorge und Lohnherabsetzung im Braunkohlenbergbau weiter verhandelt. Die Verhandlung, in der eine wesentliche Klärung der Lage erzielt werden konnte, wurde auf Montag vertagt und wird in Halle unter Leitung eines Referenten des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt werden.

Die Verhandlungen über Wiederaufnahme der Arbeit in Solpa und Bschornemitz, die durch den Regierungspräsidenten v. Gersdorff in Bitterfeld erfolgreich eingeleitet worden sind, gehen heute weiter. Sie haben gleichfalls bereits zu einer Einigung über wesentliche Streitpunkte geführt, so daß ein günstiges Ergebnis für den weiteren Verlauf der Verhandlungen erhofft werden kann.

Bermehrung der Arbeitslosigkeit

Aus dem Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt, daß die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich, wie das infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Lage zu erwarten war, weiter gewachsen ist. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 1. Juli 233 618, die der weiblichen Erwerbslosen 78 573, also insgesamt 312 191, gegen 296 183 am 15. Juni und 270 673 am 1. Juni. Zu den eigentlichen Erwerbslosen kommen 283 793 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden. Die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen entspricht etwa dem Stande vom 12. April d. J.

Abchlüsse in der Kohlenindustrie

Bei verschiedenen Gelegenheiten konnten wir darauf hinweisen, daß die Preispolitik der gemeinwirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper zwar die Interessen des ganzen Volkes schwer schädigt, den in diesen Organisationen verbundenen Werken aber ausgezeichnet bekommt. Der Abbruch der „Anhalter Steinkohlen-Gewerkschaft“ ist ein weiterer Beweis für die Berechtigung unserer Behauptungen. Bei einer Erzeugung, die an Steinkohlen um etwa 40 Proz. an Preisen um 60 Proz. geringer ist als die des Jahres 1918, ist der Reingewinn fast viermal so groß als im vorhergehenden Jahre. Er beträgt 4 227 694 Mk. gegen 1 117 092 Mk., obwohl die vorgenommenen Abschreibungen bereits wesentlich höher sind als bei dem zum Vergleich angezogenen Abschluß des Jahres 1918. Während die Höhe der Arbeiter im Verhältnis zu den Kosten eingeschränkter Erzeugung sich fortgesetzt verringern, wird hier mit Genehmigung der Regierung eine Preispolitik getrieben, die den Unternehmern wachsende Gewinne, der Allgemeinheit aber steigende Kosten verschafft.

Die Juniproduktion des Ruhrgebiets ist verhältnismäßig bedeutend gewesen. Es sind in diesem Monat fast 7 1/2 Mill. Tonnen gefördert worden, sodas sich für das erste Halbjahr ein Gesamt-ergebnis von 41 Mill. Tonnen zeigt. Die tägliche Produktionsziffer im Juni ist infolge der zahlreichen, vorkahrenden Ueberschichten nur unwesentlich geringer als die des Jahres 1914. Für das ganze Halbjahr beträgt die Differenz etwa 50 v. H. gegenüber 1914, während das Plus gegen das vergangene Jahr nunmehr bereits 10 Mill. Tonnen im Ruhrrevier erreicht hat.

Sechs Wochen klerikaler Schulstreik

Aus Westdeutschland wird uns geschrieben: Am 1. Juni sind in der überwiegend polnisch-katholischen Industriestadt Herne bei Bochum mehrere Tausend katholische Schulkinder auf Weisung ihrer Eltern in den Schulstreik getreten, weil diese durch die Selbstkürzung aufgehört waren gegen drei Lehrer, die der katholischen Kirche angehörten, aber auf Grund des Rechtes, das ihnen die Verfassung gab, die Erteilung konfessioneller religiöser Unterrichtes abzulehnen. Dieser Streik gegen die Verfassung und mit dem Ziel der Entfernung der drei Lehrer von den katholischen Schulen, hat jetzt sein Ende gefunden durch eine Entscheidung des preussischen Kultusministers, des Reichssozialisten Hänisch, die eine glatte Kapitulation vor den Klerikalen bedeutet. Obwohl Herr Hänisch zugeben muß: „Zu irgendeinem disziplinarern Vorgehen gegen die betreffenden Lehrer liegt keinerlei Veranlassung vor“ — werden die Lehrer aus ihren Ämtern entfernt. Staatsmännisch, wie Herr Hänisch im Alter nach revolutionärer Jugendzeit geworden ist, versucht er seine Haltung allerdings klug zu verschleiern, ohne aber die Öffentlichkeit täuschen zu können.

Als Trost für die Lehrer, deren Rechte Herr Hänisch mit denen der sonst so gebietigen Verfassung verliert — weil es ihm an Mut fehlte, gegen die Machtansprüche der Klerikalen aufzutreten — versetzt er: „Es werden in Herne sofort Schulklassen errichtet, in denen solche Kinder, wenn irgend anständig desselben Jahrganges, zu unterrichten sind, die auf Wunsch der Eltern am Religionsunterricht nicht teilnehmen. Diese Schulklassen sind mit möglichster Beschleunigung zum vollen Schulklassen auszubauen. Die beteiligten Lehrer übernehmen diese Klassen als Klassenlehrer. Zu den mit der Errichtung dieser Klassen notwendigen Vorarbeiten sind die in Frage kommenden Lehrer selbst im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung unter Befreiung jeder anderen Tätigkeit sofort heranzuziehen.“

Beschwundene Leute werden die Errichtung solcher Schulklassen erstlich finden. Wir vermögen aber nicht zu übersehen, daß sie lediglich ein Verlegenheitsprodukt sind, dazu bestimmt, nicht eine berechtigte Forderung zu erfüllen, sondern nur Herrn Hänisch aus der Klemme zu helfen.

Unter falscher Flagge

In den Aufschlagäulen prangt wiederum, wie bereits vor Wochen, ein riesengroßes Plakat, das sich die Aufgabe stellt, der städtischen Bevölkerung klar zu machen, daß die Landwirte bei den jetzigen Preisen nur ein schlechtes Auskommen haben, daß an den Lebensmittelläden nur die Zwangswirtschaft und die staatlichen und städtischen Behörden die Schuld haben. Im Gegenfall zu dem letzten Plakat ist das jetzige nicht anonym, es trägt zahlreiche Unterschriften nebst Verfassungen, angeblich zum Beweise dafür, daß es sich um eine Kundgebung der landwirtschaftlichen Arbeiter handelt. Aber wenn nicht bereits die Tatsache stinksig gemacht würde, daß landwirtschaftliche Arbeiter doch kaum soviel Geld haben, um ein so großes und teures Plakat anzulagen zu lassen, so zeigt auch eine genaue Prüfung der Verfassungen, daß es sich durchaus nicht um landwirtschaftliche Arbeiter, sondern zum größten Teil um Handwerker usw. handelt. Sie versichern, daß dieses Plakat ohne Kenntnis der landwirtschaftlichen Unternehmer abgesetzt und angeschlagen werde. Man wird uns gestatten müssen, auch in diese Angabe einige Zweifel zu setzen.

Auf den Inhalt des Plakats einzugehen, hat nicht viel Wert. Ihre Verfasser zu überzeugen, daß ihr Standpunkt unrichtig ist, ist kaum erfolgversprechend. Unnötig aber dürfte es sein, der städtischen Bevölkerung, die die Not tagtäglich am eigenen Körper verspürt, darüber zu belehren, daß hier ein Spiel mit Worten getrieben wird, mit der Absicht, die städtischen Verbraucher den agrarischen Interessen dienlich zu machen. Die Verfasser des Plakats verhehlen sich zu der Behauptung, ihnen seien Güter, auf denen Getreide zurückgehalten werde, nicht bekannt. Wenn das der Fall ist, so zeigen sie nur, daß sie die landwirtschaftlichen Verhältnisse viel weniger kennen, als sie vorgeben. Denn uns gehen tagtäglich aus allen Ecken des Reiches glaubwürdige Mitteilungen zu, die angeben, daß insbesondere ungedroschenes Getreide noch in erheblichen Mengen auf dem freien Lande zu finden ist. Im übrigen hat ja auch der Staatssekretär des Reichsernährungsamts diese Tatsache im Reichstage selbst zugegeben.

Verbandstag des Fabrikarbeiterverbandes

Hannover, 14. Juli.

Es wird in die Abstimmung der Anträge eingetreten. Angekommen wird der zweite Abschnitt eines Antrages Frankfurt a. M. mit folgendem Wortlaut:

Die Bestrebungen, die Tätigkeit der Gewerkschaften in der sozialistischen Produktion auszuschalten oder für überflüssig zu erklären, müssen im Interesse der Arbeiterklasse bekämpft werden. Es ist im Gegenteil festzustellen, daß eine geordnete Produktion im sozialisierten Betriebe überhaupt erst durch die Mitwirkung der Gewerkschaften als Anwalt der dort beschäftigten Arbeiter möglich ist.

Brenn beantragte die Zustimmung der Versammlung zum Eintritt in den „Bund der sozialen Baubetriebe“ mit einer Einlage von 100.000 M. Diejenige Anträge wurde zugestimmt.

Die beantragte Streikunterstützung für das Lauterwerk wurde abgelehnt.

Eine Resolution des Genossen Reimann, die sich gegen die Generalkommission der Gewerkschaften, den Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes und die Redaktion des „Proletarier“ richtete, wurde in namensloser Abstimmung mit 207 gegen 136 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde ein Vertrauensvotum für den Vorstand angenommen.

Auf Antrag der Resolutionskommission wurde dem Vorstand Entlastung erteilt.

Nach längeren Ausführungen von Großmann-Hannover, über „Fabrikarbeiterverband und Industrieverbände“ mit anschließender Debatte, wurde nachstehende Resolution angenommen:

Der 12. ordentliche Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands erneuert den im Jahre 1912 auf dem Dresdener Verbandstag einstimmig gefassten Beschluß, der die Betriebsorganisation im Rahmen der Industrieverbände als erhaltenswerte Organisationsform anerkennt.

Die sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung etwa ergebenden Änderungen der Organisationsform und des Zusammenwirkens der Gewerkschaften müssen getragen sein von dem Bestreben, den Interessen der Arbeiterklasse in höherem Maße zu dienen und sie in gemeinschaftlicher Arbeit zu fördern. Notwendig werdende Reorganisationsmaßnahmen der Organisationsgebiete dürfen nur erfolgen unter Verständigung der beteiligten Organisationen.

Der Verbandstag weißt daher alle Bestrebungen zurück, die darauf gerichtet sind, kleinere oder größere Teile unseres Organisationsgebietes für neu zu errichtende Industrieverbände ohne Rücksicht auf die Interessen der Arbeiterklasse zu übernehmen, oder diesen Verbänden einzumischen. Er verpflichtet den Vorstand, die Funktionäre und Mitglieder des Verbandes, seiner Organisationsgebiete mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen unberufene und willkürliche Eingriffe zu verteidigen.

Eine Entschließung des Genossen Reimann zu diesem Thema wurde abgelehnt, angenommen jedoch der folgende Antrag der Saalweiser-Fraktion a. M.:

Der Verbandstag beschließt, dem nächsten Gewerkschafts-Kongress folgenden Antrag vorzulegen:

Die Voraussetzungen für die Beibehaltung der sachlichen oder beruflichen Gliederung der gewerkschaftlichen Organisationen sind durch die fortschreitende Zentralisierung der Warenproduktion in einheitlichen Großbetrieben, durch die Abhängigkeit der Lohnhöhe von allgemeinen und für jeden Arbeiter gleichmäßig zutreffenden Preisverhältnissen auf dem Gebiete der Lebenshaltung und durch die praktische Auswirkung des Betriebsrätegesetzes immer mehr geschwunden. Die den Gewerkschaften obliegende Erledigung wirtschaftlicher Fragen wird von spezialisierten Berufsverbänden nur noch in ganz geringem Maße beeinflusst und kann nur im Rahmen der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse erledigt werden.

Die sachliche oder berufliche Gliederung der gewerkschaftlichen Organisationen hindert die Arbeiterklasse innerhalb eines Betriebes in der bestmöglichen Ausnutzung ihrer Aktionskraft bei Lohnbewegungen sowohl im Angriff wie in Abwehr. Die Vorteile der sachlichen Gliederung wiegen bei weitem nicht mehr so schwer wie die Nachteile ihrer praktischen Auswirkung.

Angesichts dieser veränderten Sachlage beschließt der Gewerkschaftskongress die Umgestaltung der Berufs- oder Industrieorganisationen zur einheitlichen Betriebsorganisationsform und beauftragt eine Kommission von 21 Personen mit der sofortigen Aufstellung eines detaillierten Planes. Insbesondere hat diese Kommission die Zusammenfassung verwandter Betriebe in große leistungsfähige Betriebsorganisationen unter bestmöglicher Wahrung der Interessen der einzelnen Betriebsgruppen vorzubereiten und weiterhin eine Zuteilung der gesamten vorliegenden Betriebsarten in die geeigneten Organisationen vorzunehmen. Die konkreten Vorschläge dieser Kommission werden unverzüglich dem Ausschuss des Allgemeinen Gewerkschafts-

bundes und der Vorstände-Konferenz zur Prüfung und Billigung der technischen Durchführung unterbreitet. Die Arbeiten der Kommission sind so zu beschleunigen, daß ihr fertiger Plan spätestens am 1. Januar 1921 dem Ausschuss des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes zugeht, so daß die Umgruppierung der Gewerkschaften spätestens am 1. Januar 1922 vollendet ist.

Verbandstag der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter

3. Verhandlungstag.

Zindwirth-Chemnitz verteidigt den Hauptvorstand.

Körich-Berlin legt Verwahrung dagegen ein, daß der Geschäftsbericht den Delegierten erst auf dem Verbandstag vorgelegt worden ist. Eingehend spricht er über den Reichstaxi und weist Ruders-Borsdorf, daß die Berliner die Schuld an dem Scheitern des Reichstaxi tragen, energisch zurück. Er weist nach, daß Pader, seit er Vorstandsmitglied ist, stets gegen Berlin gearbeitet hat. Im Interesse des Verbandes müßte den Wünschen der Opposition Rechnung getragen werden.

Bell-Köln verteidigt den Hauptvorstand und die Gauleiter in Sachen des Ausschlusses von Marx und Krüger und wendet sich unter dem Beifall der Rechten gegen die Opposition.

Kraus-Berlin tritt dem Vordredner entgegen und geht auf die Verleumdungen ein, die gegen die Opposition in Hamburg und Berlin verbreitet werden. Die Opposition berufe ihre Versammlungen öffentlich ein, die Gegenseite verlange aber die Verzeigung der Mitgliederbücher der S. P. D. Die Arbeitsgemeinschaft hätten der Arbeiterklasse keine Vorteile gebracht, lediglich das Unternehmertum habe riesige Profite eingestrichelt. Die Opposition führe den Kampf weiter gegen die Harmoniedaulei und Bureauplatte und lasse sich nicht das Recht nehmen in allen Arten aufzutreten.

Hornke (Gauleiter), vertritt die Ansicht, daß sich die Berliner nur von ihrem Parteipunkt aus leiten ließen, das habe sich bei ihren Wahlen u. a. gezeigt.

Schrend (Gauleiter) verteidigte sich gegen Angriffe gegenüber seiner Person und verlangt, daß eine Kommission eingesetzt wird, die die Anlagen unteruchen soll.

Grahamann (Gew.-Bund) beschließt sich ausführlich mit der Opposition und meint, daß die neuen Mitglieder durch ihr Zutreten abgestoßen würden. Bezüglich der Kriegspolizei der Gewerkschaften meint er, daß die Opposition längst widerlegte Vorwürfe vorbringe. Der Redner führte weiter aus, daß er früher Parteigenosse gewesen sei und durch Erfahrungen ein warmer Befürworter dieser geworden wäre. Die Arbeitsgemeinschaft seien nur ein Mittel zum Zweck. Sie wären eine Quelle von Informationen. Das Betriebsrätegesetz genüge seinen, weder rechts noch links. Es sei der unvollkommene Ausdruck unvollkommener Verhältnisse. Was das Endziel anbetreffend, beständen keine Meinungsverschiedenheiten, nur über das Tempo wären verschiedene Auffassungen vorhanden. Beide Strömungen müßten etwas nachgeben, ehe es zu spät wäre.

Schulze, der Redakteur verteidigte sich im Schlusswort gegen seine Kritiker, lebhaft durch die Opposition unterbrochen.

Nächststellung: Nicht Bloß und Hermann wurden zu Vorsitzenden des Verbandstages gewählt, sondern Pader und Bloß.

Gewerkschaftliches

Für den 6-Uhr-Abend

Die letzte Warnung.

Zu einer imposanten Demonstration hatte gestern der Zentralverband der Angestellten, gemeinschaftlich mit dem Transportarbeiterverband, die Angestellten und Arbeiter im Einzelhandel aufgerufen. Nach 8 Uhr abends kamen in Mühlbergen die großen Züge anmarschiert, die an 7 verschiedenen Stellen der Stadt formiert wurden. Auf vielen Tafeln und Standarten wurde die Forderung nach dem 6-Uhr-Abend durch die Stadt getragen. „Kauf nicht nach 6 Uhr“, „Wir hungern nach Licht, Luft und Sonne“, „Wir wollen Zeit für unsere Familie und um uns zu bilden“, war auf den Tafeln zu lesen. Die Demonstration sollte zum Ausdruck bringen, daß die im Einzelhandel Beschäftigten entschlossen sind, sich die eine Stunde freier Tageszeit unter allen Umständen zu erkämpfen.

Im Lustgarten sprachen von verschiedenen Stellen die Genossen Bollmaier, Wille und andere Redner des Zentralverbandes, die zum Ausdruck brachten, daß, falls weitere Demonstrationen für den 6-Uhr-Schluss notwendig werden sollten, diese nicht mehr nach Schluss der Arbeit stattfinden werden. Arbeiter und Angestellte kämpften gemeinsam für die gleiche Forderung: die Gewerkschaftskommission als die Vertretung der

Gesamtarbeiterklasse Berlins, hat diese Forderung seit einem Jahr verfolgt. Der Kampf wird nicht eher ruhen, bis das Ziel erreicht ist. Unter großer Begeisterung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Da es den kaufmännischen und gewerblichen Angestellten des Einzelhandels Groß-Berlin bisher trotz aller Verhandlungen nicht möglich war, den 6-Uhr-Abend durchzusetzen, erklären sie hiermit, daß sie nicht eher ruhen und rasten werden, bis sie diese Forderung in die Tat umgesetzt haben. Auch die Angestellten des Einzelhandels wollen an den Erzeugnissen der Kultur Anteil haben und ihren Geist weiterbilden. Die überaus niedrigen Gehälter sind Veranlassung, daß die Angestellten des Einzelhandels besonders unter der Teuerung zu leiden haben und am Rande ihrer Kräfte angelangt sind. Lange genug haben sie geschwiegen, auf die Einsicht ihrer Arbeitgeber und der Behörden gerechnet. Jetzt aber ist ihre Geduld zu Ende!“

Sie betrachten diese Demonstration als letzte Warnung an die maßgebenden Stellen. Sollte sie ungehört verhallen, so verpflichten sich die Versammelten, bei passenden Gelegenheiten in geeigneter Weise bis zur Erreichung des Zieles einzutreten.

Das laufende Publikum wird aufgefordert, dem berechtigten Verlangen der Angestellten des Einzelhandels Rechnung zutragen und seine Einkäufe vor 6 Uhr zu bejorgen, um so den reaktionären Unternehmern die Absicht zu nehmen, daß sie ihre Geschäfte nur aus Rücksicht auf das Publikum offenhalten.“

Mit einbrechender Dunkelheit marschierten die Züge wieder zum Alexanderplatz, wo sie sich in Ruhe auflösten.

Aus der Praxis des Demobilisierungskommissars

In einem Streitfall aus dem Holzgewerbe wurde eine Firma vom Schlichtungsausschuss Groß-Berlin verurteilt, an die zumreicht einlassigen 18 Arbeiter Entschädigung zu zahlen und auch alle 18 wieder einzustellen.

Die Antragsteller begründeten ihren Anspruch auf den § 7 und § 84 des Betriebsrätegesetzes. Demzufolge entschied auch die Spruchkammer des Schlichtungsausschusses und zwar mit Recht, denn § 84 Abs. 4 sagt: „Wenn die Kündigung sich als eine unbillige, nicht durch das Verhalten des Arbeitnehmers oder durch die Verhältnisse des Betriebes bedingte Härte darstellt.“

Nach dem Erlaß des Demobilisierungskommissars in der Nummer 19 der Mitteilungen des Schlichtungsausschusses sind Urteile, die sich aus dem § 84 des Betriebsrätegesetzes ergeben, endgültig und unterliegen keiner Nachprüfung durch irgendein anderes Gericht. Es ist dann nur ein Antrag an das Amtsgericht, bei dem der Arbeitgeber zuständig ist, auf Vollstreckbarkeit des Urteils zu stellen und das Urteil mit der Vollstreckungsklausel zu versehen. Gleichzeitig muß auch die Vollstreckung des Urteils beantragt werden.

Wäre das Urteil erfolgt unter Berücksichtigung oder Anziehung der Verordnung vom 12. 2. 20, so würde die Befähigung durch den Demobilisierungskommissar zu erfolgen haben.

Dies ist die Rechtslage.

Da aber in der Urteilsbegründung ausdrücklich der § 84 Abs. 4 des Betriebsrätegesetzes angezogen wurde, war somit das Urteil endgültig. Dem Arbeitgeber wurde ausdrücklich nach der Urteilsfällung gesagt, daß jeder Einspruch hinfällig ist.

Der Beklagte erhob dessen ungeachtet Einspruch beim Demobilisierungskommissar und hatte den Erfolg, eine erneute Verhandlung zutage zu bringen.

Der Demobilisierungskommissar rüht und leitet seine Zuständigkeit zu Verbindlichkeitsklärung her, auf Feststellungen, die ein Beauftragter des Demobilisierungskommissars machte, und entnimmt diesen Feststellungen, daß infolge der schlechten Finanzlage Entlassungen vorgenommen werden könnten, jedoch ein Verstoß gegen die Verordnung vom 12. 2. 20 vorliegt. Die Arbeiter erbrachten folgenden Beweis: Die Firma vergibt an zwei Firmen Arbeiten, die im Betrieb hergestellt werden können, auch sind angelegene Arbeiten der Entlassenen nach den anderen Firmen gebracht, um fertiggestellt zu werden. Daraus ergibt sich, daß die Verhältnisse des Betriebes die Entlassungen nicht rechtfertigen, und somit der § 84 des Betriebsrätegesetzes vom Schlichtungsausschuss zu Recht bei der Urteilsprechung angewendet wurde. Warum dies geschrieben wird?

Der Redakteur des Demobilisierungskommissars ist leider nur angewiesen auf die Lohnbücher und die von der Firma vorgelegten Abbestellungen. Daraus ist es unmöglich, sich ein klares Bild über die Vermögenslage sowie weitere Beschäftigungsmöglichkeiten zu bilden.

Es ist nun folgende Frage offen: Kann der Demobilisierungskommissar ein endgültiges Urteil des Schlichtungsausschusses ignorieren und kann eine Prüfung durch den Demobilisierungskommissar stattfinden, oder besteht das Urteil des Schlichtungsausschusses zu Recht?

Die schwere Stunde

Roman

Victor Panin

Allen sagt er „du“. Die erste Zeit war es mir peinlich, ihn nicht per „Sie“ anzureden, aber einmal sagte er so einfach zu mir:

„So höre doch auf, wahrhaftig, bist du denn nicht, daß ich nur einer bin. Wenn es einer ist, so heißt es eben „du“, wie kann es denn „Sie“ sein? Oder solltest du noch den Gehörnten hinter meinem Rücken sehen?“

Auf diese Weise löst er die allerwichtigsten Fragen mit einer auffallenden Klarheit; die Hauptfrage aber ist diese unerklärliche Ruhe, die von diesem Menschen ausgeht. Er sitzt da, schweigt oder spricht und die ganze Zeit lächeln seine großen, dunkelbraunen Augen, obwohl der Ausdruck „lächeln“ hier gar nicht genügt. Wenn ich aufmerksam hinschaue, scheint es mir, seinen Augen entströmt ein weiches, freundliches Licht, und dieses Licht legt sich auf sein ganzes Gesicht. Dann erscheint sein Antlitz leuchtend und hört nicht auf zu strahlen, auch wenn die Augen geschlossen sind. Ich fühle, daß dieser Strom seines inneren Lichtes auf mich oft unwiderstehlich wirkt, so daß ich unwillkürlich seinem Einfluß unterliege, und dann erscheint mir seine Logik unbestreitbar.

Er spricht viel und gern; seine Rede ist farbig, oft mit Worten und Redensarten durchsetzt, deren Sinn einem nicht sofort verständlich ist; nur sehr ungern berührt er in Gesprächen sich selbst.

„Du hast wohl viel gesehen, guter Mensch?“ frage ich ihn. „Ja, wer sieht denn nicht auf dieser Welt? Dafür kommt man ja auf die Welt, um Gutes und allerlei zu sehen.“ „Du aber, du, guter Mensch, wovon hast du mehr gesehen?“

„Wieviel ich auch gesehen haben mag, so muß ich nicht glauben, ich habe alles gesehen? Sieh mal, wie breit und uferlos unser Rütterchen Rütland schon allein ist, da geht man und geht, . . . glaubst du ein Menschenalter genüge, um das ganze Land zu durchstreifen? Überall steht da neue Menschen, aber meinst du etwa, sie seien sehr verschieden? O nein, überall sind es die gleichen Gottesgeschöpfe.“

Er schweigt, wahrscheinlich nach einer passenden Form suchend, in die er seine abstrakte Idee fassen könnte, denn er versteht es nicht, abstrakt zu philosophieren; jeder Gedanke muß bei ihm materielle Form gewinnen und auf einen gewissen Fall, meistens Selbst erlebtes, Erfahrenes abgeleitet sein. Wenn er eine konkrete Form für seine Idee findet, so lächelt er freudig übers ganze Gesicht, und dadurch beginnt sein leuchtendes Gesicht noch mehr zu strahlen.

„Vor dreißig, oder eher vierzig Jahren, — damals war ich noch jung —, verließ ich wohl, da wanderte ich durch ganz Rütland. Hier arbeitete ich und erhielt dafür ein Stück Brot, dort gab man mir einen Schluck Wasser, und ich war satt. Einst begegnete ich beim Schwarzen Meere zwei guten Menschen, die vom Kaukasus kamen und ebenso ein Wanderleben führten, wie ich. Nun, wir beschlossen, zusammen weiter zu ziehen. Du weißt gewiß, wie man manchmal einander begegnet und gleich Verwandten sich einander anschließt. Zusammen haben wir im Walde gearbeitet, in der Nähe der Krin; dort haben wir riesige Bäume gefällt. Nachdem man den ganzen Tag gearbeitet hat, ist man des Abends müde. Dann zündet man ein Feuer an, und alle setzen sich ringsum, die Karstlöcher tochen im Kessel, warm ist es und ruhig ringsum, . . . ein wohlthuender Segen ruht auf allem, . . . du fühlst, daß du in Gottes Tempel bist. . . . So sitzen wir einmal schweigend, ein jeder in seine eigenen Gedanken vertieft. Möglich vernahmen wir in der Dunkelheit Pferdegetrappel und ehe wir noch Zeit haben uns umzusehen, kommt ein Tatare, ein ferngelander, statlicher Tatare, auf einem hübschen Pferd krimischer Rasse auf uns zugeritten.“

„Guten Abend“, bedeutet wohl sein Gruß. Er steigt vom Pferd, bindet es an einen Baum, tritt zu uns heran, und setzt sich schweigend an das Feuer. Er ist noch nicht alt, sein schönes Gesicht ist glatt rasiert, und man sieht es ihm an, daß er ein reicher Mann sein muß. Sein breiter, silberner Gürtel muß ungefähr zwei Pfund wiegen. Sein gesteppter Rock ist mit silbernen Knöpfen verziert, die durch kleine silberne Ketten untereinander verbunden sind. Während wir so dastehen, fragt ihn einer unserer Kameraden:

„Woher kommt du wohl?“ Er versteht offenbar unsere Sprache nicht, er nickt bloß mit dem Kopfe und redet etwas, das wir nicht verstehen können. Ich habe mich immer dar-

über gewundert: wenn man genauer hinsieht, so find die Menschen alle gleich, es gibt kaum einen Unterschied zwischen ihnen, und doch können sie einander nicht verstehen, — weshalb hat auch Gott nicht allen die gleiche Sprache gegeben? Es ist wunderbar! Wenn man die Sprache nicht kennt, so kann man auch seine Seele nicht öffnen, und da schleicht das Böse, der Verdacht, die Feindschaft ins Herz. Einer der Kameraden sagt plötzlich, ganz ohne Bosheit, auf den Tataren blickend:

„Was meint ihr, Brüderchen? Sind wir nicht arm, und er, . . . strotzt er nicht vor Silber? Wenn wir ihn . . . so . . . Wir würden ihn unter einem Baume begraben, und jede Spur würde verschwinden. . . . Auch das Pferd könnten wir irgendwo in einer entfernteren Gegend verkaufen.“

Der andere Kamerad schweigt, ich aber sage: „Aber Kobza, tragen wir nicht das christliche Kreuz auf uns, oder ist er etwa kein Mensch, wie wir? Wozu sollen wir ihn denn umbringen?“

„Was ist er für ein Mensch?“ lacht boshaft der Kamerade, der bisher geschwiegen hatte, „ein Ungläubiger ist er! das ist alles, die haben ja nicht einmal eine richtige Seele!“

„Wie meinst du das?“ frage ich, „habt ihr denn Gott vergessen? Sind es nicht die Popen, die jene „Ungläubigen“ getauft haben? Glaubt ihr, sie beten nicht zu demselben Gott?“

Ob der Tatare unser Gespräch verstanden hat, oder ob seine lebendige Seele etwas geahnt hat, ich sehe nur, wie er plötzlich unruhig wird, wie sein braungebranntes Gesicht erbleicht, und er mit seinen dunklen Augen bald den Kameraden, bald mich ansieht. Und ich fühle, wie in diesem nächtlichen Frieden ein böser Gedanke sich über unsere Köpfe zusammenballt. Eine Gule schrie irgendwo in der nächtlichen Stille, und weicht du . . .“

Es kam jemand und rief ihn; ohne die geringste Spur von Ärger unterbricht er das Gespräch, reicht mir die Hand und geht zur Türe; ich bleibe lange unter dem Eindruck seiner Erzählung gebannt. Was wollte er wohl sagen, was ist darauf gekommen? — denke ich, und kombiniere in meinen Schriftstellerverstand Hunderte von Möglichkeiten für den Ausgang der Szene.

(Fortsetzung folgt.)

